



Zu viel oder zu wenig Akademisierung?!

DISKUSSIONSPAPIER AUF BASIS EINES FACHGESPRÄCHS AUS DER REIHE HOCHSCHULPOLITIK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN KOOPERATION MIT DEM MANAGERKREIS AM 7. MAI 2014 IN BERLIN

Im Jahr 2013 hat über die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium begonnen, während der Anteil junger Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen, zurück geht. Die Hochschulen sind gefordert, was Praxisbezug

angeht. Für die Wirtschaft sind duale Studiengänge besonders attraktiv. Hochschul- und Wirtschaftsvertreter_innen diskutieren erfolgreiche Studienmodelle und widersprechen der angeblichen „Überakademisierung“.

In den letzten Jahren wird in Deutschland eine kontroverse Debatte darüber geführt, ob die aktuelle Ausrichtung der Hochschulausbildung den beruflichen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wirklich gerecht wird. Der Anteil junger Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen, geht immer mehr zurück, während zunehmend mehr Abiturient_innen an die Hochschulen drängen. Auf der einen Seite werden die steigenden Studierendenzahlen als „Überakademisierung“ kritisiert und eine Stärkung der dualen Berufsausbildung gefordert, um angemessen auf den wachsenden Fachkräftemangel reagieren zu können. Auf der anderen Seite wird die wachsende Akademisierung als Erfolg gewertet: Nach Einschätzung der OECD befindet sich Deutschland auf dem richtigen Weg, da es im internationalen Vergleich beim Akademikeranteil bisher nur im Mittelfeld der Industrieländer liegt und im Grunde noch mehr Hochschulabsolvent_innen bräuchte, um langfristig international wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch der Wissenschaftsrat hat sich zu dieser Frage zu Wort gemeldet und im April 2014 Empfehlungen veröffentlicht, wie das Verhältnis von akademischer und beruflicher Bildung künftig gestaltet werden sollte.¹ Er plädiert unter anderem für eine stärkere Verzahnung und Durchlässigkeit der beiden Bereiche, aber auch für den Ausbau von hybriden Formaten, wie z.B. das duale Studium.

STEIGENDE ANZAHL AN AKADEMIKER_INNEN

Den empirischen Hintergrund für die Diskussion lieferte Dr. Christian Kerst vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)². Die Daten zeigen, dass die Zahl der Studienberechtigten seit Anfang der 1990er Jahre stark und kontinuierlich angestiegen ist: Die Studienberechtigtenquote³ hat sich in zwei Jahrzehnten von ca. 30% (1992) auf 55% (2012) erhöht. Somit steht heute mehr als der Hälfte eines Altersjahrgangs der Weg zu einem Hochschulstudium offen. Obwohl in den nächsten zehn Jahren im Zuge des demografischen Wandels die Bevölkerung im besonders bildungsrelevanten Alter unter 30 Jahren zurückgehen wird, gehen KMK und Statistisches Bundesamt in ihren Vorausberechnungen davon aus, dass die Studienberechtigtenquote weiter ansteigen und bis 2025 auf einem relativ hohen Niveau von 60% stabil bleiben wird.⁴ Die Hochschulreife werde also künftig der (schulische) Regelabschluss sein, so Kerst. Ein wichtiger Grund liege darin, dass Studienberechtigte die meisten beruflichen Optionen haben: Sie können studieren, aber auch in Ausbildungsberufe gehen, wo inzwischen schon häufig die Hochschulreife vorausgesetzt wird.

Die Entscheidung für ein Studium sei aus individueller Sicht auch rational, erläuterte Kerst, da höhere Erträge als bei einer Berufsausbildung zu erwarten sind: Personen mit Hochschulabschluss sind im Durchschnitt deutlich seltener arbeitslos, verdienen besser und haben sehr gute Chancen auf eine angemessene berufliche Position. Angesichts des Wandels auf dem Arbeitsmarkt sei ein wachsender Studierendenanteil aber auch gesellschaftlich bzw. volkswirtschaftlich rational: Die stärkere Akademisierung reagiere auf eine entsprechende Nachfrage, da der Bedarf an einer wissenschaftsbasierten Ausbildung bzw. an hoch qualifizierten Beschäftigten immer mehr zunehme.

Im Jahr 2013 hat über die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium begonnen,⁵ davon ein großer Teil in den MINT-Fächern (ca. 39%). Bis 2025 wird es nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes und der KMK auch bei hohen Studienanfängerzahlen bleiben. Zurückzuführen ist dies u.a. auf eine anhaltend hohe Studierbereitschaft, einen weiter steigenden Anteil an Bildungsausländer_innen⁶ sowie zusätzliche Studierende, die über eine berufliche Qualifikation ein Hochschulstudium aufnehmen. Kerst machte auf das Problem der starken sozialen Selektivität beim Übergang in die Hochschule aufmerksam: Die Übergangsquote von Studienberechtigten aus nicht akademischen Herkunftsfamilien in das Hochschulstudium liegt ungefähr 20 Prozentpunkte niedriger als bei Studienberechtigten aus akademischen Elternhäusern – und dies seit etwa zwanzig Jahren. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Zugang zur Hochschulbildung ist somit nach wie vor stark.

Die Zahl der Absolvent_innen folgt im Wesentlichen der Entwicklung der Anfänger_innenzahlen, befindet sich durch Studienabbruch und unterschiedlich lange Studienzeiten aber auf niedrigerem Niveau. Sehr viele Studienabbrecher_innen gibt es aktuell in den Bachelorstudiengängen (über 25%), noch etwas mehr in den MINT-Fächern. Die Übergangsquoten in ein Masterstudium waren bisher hoch und es deutet wenig darauf hin, dass sich dies in den nächsten Jahren ändern wird; derzeit betragen sie an Universitäten 70 bis 80%, an Fachhochschulen 30 bis 40%. Die Studierenden begründen ihre Entscheidung für ein Masterstudium im Wesentlichen mit dem Wunsch nach einer Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen bzw. mit einer Skepsis gegenüber den Arbeitsmarktchancen mit Bachelorabschluss, aber auch mit intrinsischem Fachinteresse und der Option auf eine wissenschaftliche Laufbahn.

WACHSENDE AKADEMISIERUNG ≠ ÜBERAKADEMISIERUNG

Kerst erscheint es nicht sinnvoll, die Anteile der Studienberechtigten und –anfänger_innen zu reduzieren, um mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung zu gewinnen. Vieles spreche dafür, dass die individuellen und gesellschaftlichen Rationalitäten für ein Studium bestehen bleiben werden. „Es geht nicht um ‚zu viel oder zu wenig Akademisierung‘, sondern um die richtige Art der Akademisierung“, sagte er. Vielmehr müssten die Systeme der beruflichen und akademischen Bildung neu austariert und dafür gesorgt werden, dass berufliche Bildung keine Sackgasse ist.

Es sei völlig falsch, von „zu viel Akademisierung“ zu sprechen, meinte Oliver Kaczmarek, MdB, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der SPD-Bundestagsfraktion. Solange die Zugänge zur Hochschulbildung sozial noch so ungleich verteilt seien, ginge diese Aussage an der gesellschaftlichen Realität völlig vorbei. In dieser Frage waren sich alle Diskussionsteilnehmer_innen einig: Von einer „Überakademisierung“ könne nicht die Rede sein, die Bereiche der beruflichen und akademischen Bildung dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Allerdings müssten Verbesserungen in der akademischen und beruflichen Bildung und in ihrem Verhältnis zueinander erreicht werden. Julia Flasdick vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) betonte, dass die Fachkräftesicherung auf Dauer nur gelingen könne, wenn sie gleichberechtigt auf beiden Säulen der beruflichen und akademischen Ausbildung fußt. Das sahen die anwesenden Vertreter_innen der Unternehmen genauso: Notwendig sei ein ausgewogenes Verhältnis von gut qualifizierten Facharbeiter_innen und akademisch geschulten Fach- und Führungskräften, wobei es branchenspezifisch unterschiedliche Bedarfe gebe.

HÖHERE DURCHLÄSSIGKEIT VON AKADEMISCHER UND BERUFLICHER BILDUNG

In der Diskussion wurde deutlich, dass das Verhältnis von beruflicher Bildung und akademischer Bildung neu justiert werden muss, um eine stärkere Verzahnung und höhere Durchlässigkeit der beiden Ausbildungssysteme zu erreichen, und zwar in Bezug auf Hochschulzugang, Anrechnung und Studienmodelle. Nur dann könne dem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden. Die Politik hat in den letzten Jahren bereits mit entsprechenden

Maßnahmen begonnen, etwa durch die Möglichkeit des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung (HZB), was als sehr wichtiges Signal gewertet wurde.⁷

Zum neuen Verhältnis zwischen Hochschulbildung und beruflicher Bildung gehört nach Kerst, dass die Hochschulen mehr Angebote entwickeln, die auf die Situation beruflich Qualifizierter zugeschnitten sind, etwa durch berufsbegleitende Studienformate und die Möglichkeit individueller Studienverläufe. Analysen zeigten, dass Studierende ohne schulische HZB solche Studienformen präferieren und – im Vergleich zu traditionellen Studierenden – besonders an einem Fernstudium und Weiterbildungsangeboten interessiert sind. Dieses Feld wird gegenwärtig aber noch überwiegend von Privathochschulen besetzt, d.h. die staatlichen Hochschulen müssen sich auf die neuen Erfordernisse des Arbeitsmarkts (wie z.B. veränderte Qualifikationsanforderungen, lebenslanges Lernen) und die Bedürfnisse neuer Zielgruppen einstellen und ihr Angebot darauf abstimmen. Nach der Empfehlung des Wissenschaftsrats könnten Hochschulen Profilbildung z.B. auch im wachsenden Bereich Weiterbildung betreiben.

ÜBERFACHLICHE KOMPETENZEN FÜR DEN BERUFSERFOLG ENTSCHEIDEND

Die Unternehmensvertreter_innen hoben hervor, dass das Fachwissen allein nur einen relativ kleinen Teil der Anforderungen an Mitarbeiter_innen ausmacht. Sehr wichtig seien Soft Skills, sogenannte weiche, überfachliche Kompetenzen (wie z.B. Problemlösefähigkeit, kommunikative und soziale Kompetenzen), die als Einstellungskriterium immer mehr Gewicht gewinnen und für den Berufserfolg entscheidend sind.

Prof. Matthias Landmesser, der viele Jahre bei IBM die Personal- und Führungskräfteentwicklung in Europa geleitet hat, brachte es so auf den Punkt: „Das fachliche Zeugnis ist wichtig, aber nicht mehr entscheidend.“ Zu diesem Ergebnis kam auch eine IBM-Studie, in der die Korrelation zwischen einem Fachzeugnis und einer späteren überdurchschnittlichen beruflichen Laufbahn untersucht wurde: Heute liegt der Korrelationsfaktor bei 0,2, vor 20 Jahren lag er noch bei 0,5; dagegen beträgt der Korrelationsfaktor mit überfachlichen Kompetenzen heute etwa 0,5. „In den Unternehmen haben sich die Arbeits- und Organisationsformen geändert und deshalb ist die Bedeutung dieser Kompetenzen deutlich gestiegen“, sagte Landmesser.

Auch Bernd Bielmeier, der bei der INTEL GmbH den

Geschäftsbereich Education verantwortet, betonte die große Bedeutung von überfachlichen Kompetenzen der Beschäftigten. Ein weltweit führendes Technologieunternehmen brauche relativ wenige Topspezialist_innen (ca. 10 bis 20% der Stellen), ansonsten seien Generalist_innen mit Spezialisierung gefragt.

Mitarbeiter_innen müssten eine übergreifende Perspektive einnehmen und Dinge kritisch hinterfragen können, zudem sollten sie offen für neue Ideen und Weiterbildung sein, so Bielmeier. Das Unternehmen setzt ein Diversity-Konzept um, d.h. es werden gemischte Teams angestrebt, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Aufgrund der zunehmenden qualifizierten Bewerbungen aus dem Ausland könne eine gute Ländervielfalt erreicht werden, doch fehle in Deutschland der weibliche Nachwuchs im MINT-Bereich, sodass weniger Frauen als gewünscht eingestellt werden können.

AKZEPTANZ VON BACHELOR UND MASTER?

Aus Studien zum Absolventenverbleib geht hervor, dass die meisten Hochschulabsolvent_innen relativ schnell eine angemessene Beschäftigung finden, was nach Kerst die Vermutung stützt, dass in der Vergangenheit die Angebots- und Nachfrageseite der steigenden Akademisierung im Wesentlichen zusammengepasst haben. Zum Verbleib von Bachelor- und Masterabsolvent_innen am Arbeitsmarkt gibt es bisher erst wenige Daten, um gültige Aussagen treffen zu können. Doch zeigen sich in den Studien einige Tendenzen im Hinblick auf die Übergangsverläufe in den Arbeitsmarkt und die von Absolvent_innen berichteten Ergebnisse: Der Masterabschluss erweist sich den traditionellen Abschlüssen Diplom und Magister vergleichbar und der FH-Bachelor entspricht im Wesentlichen einem FH-Diplom. Doch der universitäre Bachelor liegt hinsichtlich Einkommen, Adäquanz und beruflicher Stellung zurück – sein Arbeitsmarktwert erweist sich noch als unsicher.

Julia Flasdick erinnerte an das Ziel der Bologna-Reformen, die Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolvent_innen zu verbessern. Auch wenn es Schritte in die richtige Richtung gebe, zeigten Studien wie auch Rückmeldungen von Unternehmen, dass es insbesondere in Bezug auf die Praxistauglichkeit von Bachelorabsolvent_innen noch erhebliche Defizite gibt und das Bachelorstudium künftig stärker berufsqualifizierend ausgerichtet sein sollte.

Auf Mängel in den Bachelorstudiengängen verwiesen auch die Wirtschaftsvertreter_innen. Die dort vermit-

telten Inhalte bzw. Kompetenzen seien in der beruflichen Praxis nicht immer brauchbar, teilweise stelle man Bachelorabsolvent_innen nur ein, weil keine Masterabsolvent_innen zur Verfügung stünden. Für komplexe Fragestellungen des Berufslebens sei die Bachelorausbildung mit sechs Semestern zu kurz und es würden nicht die notwendigen Fähigkeiten vermittelt, sodass es vielen Absolvent_innen an wichtigem Grundlagenwissen und zentralen Basiskompetenzen fehle (wie z.B. Literaturrecherche). Da in vielen Fächern zudem die Pflichtpraktika weggefallen sind, würde es Absolvent_innen auch an Einblicken in die berufliche Praxis fehlen und es könne kein wissenschaftlicher Transfer geleistet werden, was sich negativ auf ihre Beschäftigungsfähigkeit auswirke.

Als möglicher Grund für die genannten Defizite der neuen Studiengänge wurde von verschiedenen Teilnehmer_innen benannt, dass der Bologna-Prozess an den deutschen Hochschulen anders als geplant umgesetzt wurde: Bielmeier merkte kritisch an, dass die Zielsetzung der Bologna-Reform die internationale Standardisierung der Ausbildung gewesen sei, doch im Ergebnis zeige sich vor allem eine problematische Verschulung der Hochschulausbildung. Das Hochschulstudium sollte künftig offener gestaltet werden und verstärkt kreative Lösungsansätze zulassen. Der ehemalige Berliner Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner kritisierte, dass es in einzelnen Wissenschaftsbereichen sehr viele Bachelorstudiengänge und nur wenige Masterstudiengänge gibt, obwohl das umgekehrte Verhältnis richtig wäre: Es bedürfe einiger weniger Bachelorstudiengänge zur Vermittlung von Grundlagenwissen und Basiskompetenzen und darauf aufbauend viele Masterstudiengänge zur Spezialisierung. Da die Politik durch die Autonomisierung der Hochschulen nicht mehr in die Organisation von Studiengängen eingreifen könne, müssten hier primär die Hochschulen für Verbesserungen sorgen – die stärkere Autonomisierung bringe auch mehr Verantwortung mit sich.

BEDARFSORIENTIERTE QUALIFIZIERUNG

Da die Hochschulabsolvent_innen gewisse Grundvoraussetzungen für die berufliche Praxis immer weniger erfüllen, müsse sich die Wirtschaft etwas einfallen lassen, um mit entsprechender Nachqualifizierung die Ausbildungsdefizite auszugleichen, meinte Dr. Andreas Sieverdingbeck, Geschäftsführer des Recyclingunternehmens RECYLEX GmbH. „Die Qualität der Ausbildung – also nicht der Leute – ist rückläufig und zwingt uns als Unternehmen dazu, viel mehr Zeit und Geld in eine

Nachausbildung zu stecken.“ Der Coaching- und Betreuungsaufwand für neue Mitarbeiter_innen sei sowohl bei Bachelor- wie auch bei Masterabsolvent_innen deutlich gewachsen. RECYLEX vergibt z.B. Stipendien für Studierende, um ihnen ein praxisbegleitendes Studium zu ermöglichen, und betreut fortlaufend Bachelor- oder Masterarbeiten. So können potenzielle Mitarbeiter_innen bedarfsorientiert qualifiziert und schon früh an das Unternehmen herangeführt werden. Auch INTEL bietet Berufseinsteiger_innen berufsbegleitend verschiedene Möglichkeiten, sich im Unternehmen weiterzuentwickeln. Zudem wurde die unternehmensinterne Intel University gegründet, die Mitarbeiter_innen in großem Umfang Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht.

Zöllner regte an, dass die Wirtschaft ihren Einfluss in den Hochschulräten nutzen könnte, um die Konzeption von Studiengängen bedarfsorientiert zu überarbeiten und die Qualität der akademischen Ausbildung zu verbessern. Ein Weg für eine praxisnähere Gestaltung der akademischen Ausbildung könnte sein, dass Wirtschaft und staatliche Hochschulen mehr gemeinsame Angebote entwickeln, etwa indem Module unternehmensinterner Weiterbildungsangebote (z.B. INTEL University) auch von FHs oder Universitäten angeboten werden und Unternehmen wiederum Studienmodule der Universitäten oder FHs in ihr Weiterbildungssystem integrieren. Solche Kooperationen könnten den Informationsaustausch zwischen Wirtschaft und Hochschulen befördern und zugleich Kosten sparen.

STÄRKUNG DER DUALEN BERUFAUSBILDUNG

Als weiterer sehr wichtiger Punkt wurde die Stärkung der dualen Berufsausbildung betrachtet – insbesondere, um die hohe Zahl an Jugendlichen in Arbeitslosigkeit oder im Übergangssystem zu reduzieren. Nach Ansicht von Dr. Irene Selig von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände muss sich die duale Berufsausbildung künftig nicht nur den leistungsstarken Jugendlichen, sondern verstärkt auch den leistungsschwächeren Jugendlichen öffnen, um ihnen eine berufliche Perspektive zu bieten. Sie verwies auf das große Problem, dass in Deutschland 1,3 Mio. junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss sind; jedes Jahr gibt es 50.000 Schulabbrecher_innen und 150.000 Jugendliche, die in das Übergangssystem wechseln, also entweder nicht ausbildungsreif sind oder keinen Schulabschluss haben. Diese leistungsschwächeren Jugendlichen sollten künftig viel stärker für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden.

Für diese Zielgruppe wären auch zweijährige (statt in der Regel drei- und dreieinhalbjährige) Ausbildungen ein guter Weg, zumal der jeweilige zweijährige immer im Zusammenhang mit einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf angeboten werde. Schon nach zwei Jahren sei damit ein erster Abschluss, aber eben auch die Fortführung der Ausbildung ohne Probleme möglich. Auch für Kerst stellen die jungen Menschen, die sich im Übergangssystem oder in der Arbeitslosigkeit befinden, ein großes Potenzial für eine berufliche Ausbildung dar. Die entscheidende Frage werde dabei sein, genügend qualifizierte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für Berufe zu erzeugen, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Hier müsse auch die schulische Bildung entsprechend vorbereiten.

DUALE STUDIENANGEBOTE IM AUFSCWUNG

Die Anzahl der dualen Studienangebote in Kooperation von Unternehmen und Hochschulen ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Trotz der Steigerungsraten ist jedoch zu bedenken, dass duale Studiengänge bisher erst einen kleinen Teil der Studiengänge ausmachen und vor allem Abschlüsse in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften anbieten.⁸ Landmesser führte die starke Zunahme dualer Studienangebote unter anderem darauf zurück, dass die Beteiligung an solchen Angeboten für die Wirtschaft sehr attraktiv ist: Die Unternehmen könnten Studieninhalte bedarfsorientiert mitgestalten und frühzeitig eine konsequente Personalentwicklung und Fachkräftesicherung betreiben, indem Studierende schon während ihrer Ausbildung an ein Unternehmen gebunden werden. Auch Lothar Zweiniger, Personalvorstand der BVG, sieht einen großen Vorteil dualer Studienangebote darin, dass Unternehmen auf diese Weise qualifizierten Nachwuchs gewinnen können. Durch die Zusammenarbeit mit Hochschulen könnten die Studieninhalte auch auf den konkreten Bedarf der Unternehmens ausgerichtet werden.

Dr. Mathias Winde vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft berichtete über Umfrageergebnisse zu den Bildungsinvestitionen von Unternehmen: Demnach sind in den letzten drei Jahren die Investitionen von Unternehmen in duale Studienangebote um 40% auf knapp eine Milliarde Euro angestiegen.⁹ Die Wirtschaft investiere verstärkt in duale Studiengänge, wobei der Schwerpunkt nicht in ausbildungsintegrierten, sondern in praxisintegrierten dualen Studiengängen liegt. Duale Angebote spielen jedoch nur in drei Bundesländern eine starke Rolle: In Baden-Württemberg studieren schon 11% der Studierenden an der Dualen Hochschu-

le Baden-Württemberg (was knapp der Hälfte aller dual Studierenden entspricht), im Saarland sind es 17% und in Berlin immerhin 8%. In allen anderen Bundesländern sind es aber noch unter 2,5%. Neben der staatlichen Dualen Hochschule in Baden-Württemberg bieten im Wesentlichen private Hochschulen duale Studiengänge an.

Mit dem starken Wachstum dualer Angebote ist eine große Vielfalt entstanden, die eine enorme Spannweite in Bezug auf Inhalte, aber auch Qualität aufweisen. Nach Ansicht von Matthias Landmesser sollten – anknüpfend an die Definitionen des Wissenschaftsrats¹⁰ – Terminologie, Typologie, Zielgruppen, Finanzierungs- und Kooperationsformen geklärt werden und Standards und Qualitätsmaßstäbe entwickelt werden: „Wir brauchen eine Art Gütesiegel Dualität.“

DUALE HOCHSCHULE BADEN-WÜRTTEMBERG: VORBILDHAFTES MODELL?

Das spezifische Modell der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) wurde von Vorstandsmitglied Prof. Matthias Landmesser vorgestellt: 2009 entstand aus den acht Berufsakademien Baden-Württembergs die landesweite Duale Hochschule mit einem kooperativen Forschungsauftrag. Nun bietet sie an acht Hochschulstandorten in Kooperation mit mehr als 9.000 Partnerunternehmen und sozialen Einrichtungen eine Vielzahl von Bachelor- und Masterstudiengängen in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen an. Das Studium an der DHBW dauert drei Jahre in wechselnden Theorie- und Praxisphasen (jeweils die Hälfte der Studienzeit), ein Studienvertrag mit einem Unternehmen ist obligatorisch. Die Partnerunternehmen wählen selbst ihre Studierenden aus, schließen mit ihnen einen Vertrag und bieten während des Studiums eine fortlaufende Vergütung. Mit derzeit 34.000 Studierenden ist die DHBW insgesamt die größte Hochschule im Land Baden-Württemberg.

Das Modell der Dualen Hochschule sei sehr erfolgreich, so Landmesser, was sich auch an der großen Nachfrage von qualifizierten Schulabsolvent_innen zeige. Eine Laufbahnanalyse zeigte zudem, dass Absolvent_innen der DHBW z.B. relativ früh Führungsverantwortung übernehmen und das Gehalt sehr gut, teilweise sogar höher als bei Universitätsabsolvent_innen ist. Einen wesentlichen Grund für den Erfolg sieht Landmesser darin, dass durch Praxisorientierung und den Wechsel zwischen verschiedenen Fach- und Geschäftsbereichen eine hohe Employability erreicht werde: Die Studieren-

den entwickelten nicht nur Fachkompetenz, sondern auch Persönlichkeit und überfachliche Kompetenzen, die für den beruflichen Erfolg so wichtig sind.

Könnte die Duale Hochschule Vorbild für eine stärkere Praxisorientierung der akademischen Ausbildung sein? Zöllner betrachtet die DHBW als Schlüsselmodell, allerdings sollte ihr Studienkonzept flächendeckend von staatlichen Fachhochschulen angeboten werden. So könnte systematisch gewährleistet werden, dass die Studierenden auf die tatsächlichen beruflichen Anforderungen am Arbeitsplatz vorbereitet werden. Darüber hinaus herrschte Einigkeit, dass das spezifische Profil der DHBW nicht für alle Zwecke der Hochschulausbildung geeignet ist: Duale Studienangebote seien vor allem für Fachhochschulen ein guter Weg. Zudem sei ein duales Studium auch nicht in allen Fächern angebracht: Während z.B. in MINT-Fächern eine starke Praxisnähe und Berufsorientierung sinnvoll erscheine, bräuchten geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer Freiräume und Distanz zur Wirtschaft, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

KÜNFTIGE ROLLE VON UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN

In der Diskussion wurde festgestellt, dass die beiden Hochschulformen Universität und Fachhochschule weiterhin ihre Berechtigung haben, weil sie auf unterschiedliche Ziele hin ausbilden. Gegenwärtig ist allerdings eine Annäherung von beiden Seiten festzustellen: Die FHs wollen tendenziell „universitärer“ werden (z.B. ihr Angebot durch das Promotionsrecht aufwerten) und viele Universitäten erweitern ihr Profil in Richtung der Fachhochschulen, indem sie mehr Praxisorientierung anstreben. Sollte der Prozess der Annäherung fortgesetzt werden oder stattdessen das unterschiedliche Profil der beiden Hochschulformen geschärft werden? In der Klärung der künftigen Rollenverteilung von Universität und Fachhochschule wurde eine wichtige Weichenstellung gesehen, um das Hochschulsystem zukunftsfähig zu gestalten.

Die Diskutierenden waren sich einig, dass eine Aufgabenteilung weiterhin sinnvoll ist. Zöllner plädierte darüber hinaus für eine klare Schärfung der Profile: Die Fachhochschulen sollten sich verstärkt auf die praxisbezogene Lehre und duale Studienangebote konzentrieren, die Universitäten auf Theorie und Grundlagenforschung sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Promotionsrecht sollte den Universitäten vorbehalten bleiben.

Dieser Auffassung widersprach Prof. Dr. Jochen Struwe, Vizepräsident des Hochschullehrerbundes, der die Interessen der FH-Professor_innen vertritt. Wenn sich die Universitäten immer stärker in Richtung Employability orientieren und sich den FHs annähern, wäre es nicht nachvollziehbar, warum das Promotionsrecht allein bei den Universitäten verbleiben sollte. Guter Wettbewerb dürfe keine Einbahnstraße sein. Warum sollte es z.B. in Fächern, die nur an FHs und nicht an Universitäten gelehrt werden (etwa Soziale Arbeit), keine Möglichkeit zur Promotion geben? Schließlich werde auch an FHs anwendungsbezogene Forschung betrieben. Demgegenüber hält Zöllner ein Promotionsrecht der FHs für einen großen Fehler, weil dadurch ihre ureigene Stärke – nämlich für die berufliche Praxis auszubilden – vernichtet werden würde.

Die Rollenverteilung von FHs und Universitäten berührt die zentrale Frage, wie das Gesamtsystem organisiert und finanziert werden soll. Als eine Möglichkeit der Neuordnung wurde diskutiert, dass die Universitäten einen Teil ihrer Bachelorausbildung an die FHs abgeben, wo diese Studiengänge praxisorientiert angeboten werden könnten, z.B. in den Wirtschaftswissenschaften. Die Universitäten könnten sich dann auf spezialisierte Master- und Weiterbildungsstudiengänge konzentrieren.

Prof. Dr. Michael Kämper-van den Boogaart, Vizepräsident für Studium und Internationales an der Humboldt-Universität zu Berlin, hält dies aber derzeit für nicht umsetzbar, da die Politik andere Steuerungsimpulse setzt. Die finanziellen Anreize durch Bundes- und Landeszuschüsse würden darauf hinwirken, dass Universitätsleitungen ein strategisch-ökonomisches Interesse daran haben, möglichst viele Studienplätze in kostengünstigen und stark nachgefragten Fächern aufzubauen, wozu die Wirtschaftswissenschaften gehören. Unter den gegebenen Finanzierungsbedingungen wäre es für Universitäten somit auch ökonomisch kontraproduktiv, solche Bachelorstudiengänge an die FHs abzugeben.

AUSBILDUNG FÜR DIE WISSENSCHAFT ODER DIE BERUFLICHE PRAXIS?

Der steigende Anteil von Studienberechtigten und Studierenden muss Auswirkungen auf das Ausbildungssystem haben, da erheblich mehr Hochschulabsolvent_innen für die berufliche Praxis und nicht für die Wissenschaft ausgebildet werden – darüber bestand Einigkeit. Aber wie kann der Spagat zwischen grundlagenorientierter und theoretischer Ausbildung einer-

seits und arbeitsmarktorientierter Ausbildung andererseits gelingen?

Für Kämper-van den Boogaart wäre es der falsche Weg, wenn Universitäten in Bezug auf Praxis- oder Berufsorientierung mit FHs in Konkurrenz treten. Doch auch eine traditionsreiche, forschungsstarke Universität wie die Humboldt-Universität müsse sich der Herausforderung stellen, dass ihre 30.000 Studierenden nur zum Teil eine wissenschaftliche Karriere einschlagen wollen und können. Viele Studierende hätten den legitimen Wunsch, nicht nur abstrakte Wissenschaft zu betreiben, sondern sich mit einem Studium Arbeits- und Lebenschancen zu sichern, insbesondere Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern. Insofern habe die Universität die wichtige Aufgabe, sich dem konkreten Ansinnen der Praxis- und Berufsorientierung zu stellen und in manchen Bereichen mit der akademischen Ausbildung unter einen Hut zu bringen.

Viele Universitäten haben bereits damit begonnen, ihre Studiengänge stärker auf die Berufspraxis hin zu orientieren. Davon berichtete Prof. Dr. Beate Schücking, Rektorin der Universität Leipzig. Die Volluniversität mit 140 Studiengängen hat ihre Studienstruktur schon sehr früh auf Bologna umgestellt und versucht, möglichst realitätstaugliche Bachelorstudiengänge anzubieten. Im Zuge dessen sei der Studienerfolg gewachsen bzw. die Absolvent_innenquoten erheblich angestiegen, insbesondere in den Sozial- und Geisteswissenschaften, so Schücking. Da Schlüsselkompetenzen heute eine wesentlich größere Rolle in der Ausbildung spielen, nehmen sie im Curriculum der Universität Leipzig einen breiten Raum ein. Grundgedanke ist: Die Basis ist exzellente Forschung, daraus wird die Lehre entwickelt. Die Professor_innen legen großen Wert auf praxisorientierte und projektförmige Lehre (mit Fallstudien, Planspielen, Projektarbeiten etc.) und auf kompetenzorientierte Lehr- und Lerngestaltung. Für Studierende wurden unterschiedliche Formen der Karriereberatung aufgebaut, um arbeitsmarktrelevante Kompetenzen und Employability zu fördern. Die Einrichtung von Schülerportalen soll Schüler_innen die Berufsorientierung erleichtern.

Schücking machte in diesem Zusammenhang auf eine Problematik aufmerksam: Viele der heute jüngeren Abiturient_innen wiesen Kompetenzdefizite auf, die ihre Studierfähigkeit einschränken und sich negativ auf die Lehre und den individuellen Studienerfolg auswirken. So seien z.B. in naturwissenschaftlichen Fächern die Mathematikkompetenzen geringer als früher, auch zeigten sich Mängel in der Beherrschung der deutschen Sprache. Dies führe in der akademischen

Ausbildung zu großen Problemen, auf die die Universitäten – gemeinsam mit den Schulen – rasch Antworten finden müssten.

WICHTIGE ERGEBNISSE UND OFFENE FRAGEN

- Von „Überakademisierung“ kann nicht gesprochen werden. Das Problem ist nicht die quantitative Vergrößerung des akademischen Anteils in der Ausbildung junger Menschen, sondern es kommt auf die richtige Gestaltung der akademischen Ausbildung an, was nur in Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen erreicht werden kann.
- Gravierende, größtenteils noch ungelöste Probleme sind hohe Zahlen an Studienabbrecher_innen, mangelnde Kompetenzen von Schul- und Studienabsolvent_innen sowie die soziale Ungleichheit bei den Zugangschancen zur Hochschulbildung.
- Es muss eine stärkere Durchlässigkeit und Verzahnung zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung erreicht werden. Wirtschaft und Hochschulen haben die Aufgabe, dafür geeignete Modelle zu entwickeln und umzusetzen.
- Die berufliche Bildung muss gestärkt werden und insbesondere für die große Anzahl an leistungsschwachen Jugendlichen geöffnet werden, die bisher im Übergangssystem oder in der Arbeitslosigkeit landen.
- Duale Studienangebote sollten institutionell verbreitert werden, sowohl in der Erstausbildung als auch in der Weiterbildung. Sie sind systematisch als Ausbildungsangebot in Kooperationen mit Unternehmen an staatlichen Hochschulen zu etablieren.
- In der akademischen Ausbildung sollte ein stärkerer Praxisbezug verankert werden, doch muss das Ausmaß fächerspezifisch verschieden sein. Teilbereiche des Hochschulsystems bzw. bestimmte Fächergruppen müssen in Distanz zur Praxis und zur Wirtschaft bleiben, weil sie nur dann ihre Forschungsrolle ausfüllen und Innovationen anstoßen können.
- Die notwendigen strukturellen Veränderungen im Hochschulsystem können nur erreicht werden, wenn das Finanzierungs- und Steuerungssystem durch Bund und Länder entsprechend angepasst wird. Gegenwärtig sind noch Fehlsteuerungen durch finanzielle Anreize festzustellen.

- Darüber hinaus sollte der Blick auf die gesamte Bildungskette gerichtet und darüber nachgedacht werden, wie Schul- und Hochschulsystem besser zusammenwirken können: Wie können junge Menschen dazu befähigt werden, die richtige Ausbildungswahl zu treffen? Wie kann in der Schule eine bessere Vermittlung von Kernkompetenzen erreicht werden, damit die Studierfähigkeit der Absolvent_innen gegeben ist?
- Fest steht, dass Politik, Wirtschaft und Hochschulen eine gemeinsame Verantwortung haben, erfolgreiche Bildungsbiografien zu ermöglichen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

FUSSNOTEN

- 1 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung. Drs. 38-18-14. Darmstadt 11.04.2014. Vgl. www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3818-14.pdf (Abruf: 10.07.2014).
- 2 Das 2013 gegründete DZHW ist aus dem HIS-Institut für Hochschulforschung hervorgegangen. Vgl. www.dzhw.eu/.
- 3 Die Studienberechtigtenquote weist den Anteil der studienberechtigten Absolvent_innen allgemeinbildender und beruflicher Schulen an der altersgleichen Bevölkerung aus.
- 4 Davon 70% allgemeine Hochschulreife bzw. Abitur, 30% Fachhochschulreife.
- 5 Bereinigt um den G8-Effekt, d.h. die Verkürzung der Schulzeit durch G8 ist in die Berechnung einbezogen.
- 6 2012 waren 16% aller Erstsemester Bildungsausländer_innen.
- 7 Der „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ wurde 2009 von der Kultusministerkonferenz beschlossen. Zu nennen sind darüber hinaus die BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ und der Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung. Offene Hochschulen“.
- 8 Der Anteil der dualen Studiengänge an allen Studiengängen lag 2013 ungefähr bei 6%. 2012 wurden duale Studienangebote in folgenden Fachbereichen angeboten: Ingenieurwissenschaften (41%), Wirtschaftswissenschaften (43%), Informatik (12%), Sonstige (4%). Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung des dualen Studiums. Positionspapier 25.10.2013, S. 6, 12. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3479-13.pdf> (Abruf: 10.07.2014).
- 9 Stifterverband: Bildungsinvestitionen der Wirtschaft 2012, Essen 2013.
- 10 Ebd., S. 7ff.

DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Dr. Angela Borgwardt, Politikwissenschaftlerin und Germanistin, arbeitet als freie wissenschaftliche Publizistin und Redakteurin in Berlin.

HOCHSCHULPOLITIK

In der Reihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Beiträge und Empfehlungen zur künftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems entwickelt.

Unsere Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen:
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-86498-941-4

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2014

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler

Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg

Bildungs- und Hochschulpolitik

marei.john@fes.de